

Weiterhin Beschäftigungszuwachs im Gesundheitswesen

Trotz Wirtschaftskrise gab es 2009 im Gesundheitswesen in Deutschland rund 100 000 Beschäftigte mehr als 2008, dies entspricht einem Zuwachs von 2,2%. Zum 31. Dezember 2009 arbeiteten im deutschen Gesundheitswesen insgesamt 4,7 Millionen Menschen. Jeder neunte Beschäftigte war damit im Gesundheitswesen tätig.

Der positive Beschäftigungstrend aus den beiden Vorjahren (2007: + 1,7% und 2008: + 2,0%) setzte sich damit auch im Jahr 2009 fort. Zusätzliche Arbeitsplätze gab es vor allem in Gesundheitsdienstberufen (z. B. Ärztinnen/Ärzte und Medizinische Fachangestellte) mit einem Zuwachs von 73 000 Beschäftigten oder 2,8% und in sozialen Berufen (wie etwa bei Altenpflegerinnen/-pflegern) mit einem Anstieg von 23 000 Beschäftigten oder 5,8%. Im Gesundheitshandwerk (z. B. Augenoptikerinnen und Augenoptiker) stieg die Zahl der Beschäftigten um 2 000 oder 1,7% an. In den sonstigen Gesundheitsfachberufen erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten um 4 000 oder 4,2%. In den anderen Berufen des Gesundheitswesens (etwa bei Verwaltungsfachleuten und Reinigungskräften) gab es keine Veränderungen. Eine Teilzeit- oder geringfügige Beschäftigung übten 2009 42,5% der Beschäftigten aus. Die Zahl der auf die volle tarifliche Arbeitszeit umgerechneten Beschäftigten lag bei rund 3,6 Millionen Menschen. Sie erhöhte sich gegenüber 2008 um 76 000, das entspricht einem Anstieg von 2,2%.

Mehr Infos:
www.destatis.de

Patientenrechte nur unzureichend bekannt

Patienten in Deutschland sind nicht ausreichend über ihre Rechte im Gesundheitswesen informiert, zeigt der aktuelle Gesundheitsmo-

nitor der Bertelsmann Stiftung. Um dem entgegenzuwirken, plant das Bundesministerium für Gesundheit ein sogenanntes Patientenrechtegesetz. Eckpunkte dazu sollen Anfang 2011 vorgelegt werden. Das parlamentarische Verfahren soll im ersten Halbjahr abgeschlossen sein.

Die repräsentative Bevölkerungs umfrage, zu der 1.500 Personen befragt wurden, zeigt, dass 61 Prozent der Befragten kaum etwas über wichtige Patientenrechte wissen. Zwar kennt die große Mehrheit der Bevölkerung das Recht auf freie Arztwahl (96 Prozent) oder die umfassende Aufklärungspflicht des Arztes (92 Prozent). Nur 38 Prozent der Befragten wissen dagegen, dass der Arzt dem Patienten die Wahrheit über die jeweilige Erkrankung sagen muss. 20 Prozent der Bevölkerung wissen nicht, ob sie Einsicht in die Behandlungsunterlagen verlangen können. Überschätzt werde auch der Nutzen von Früherkennungsuntersuchungen.

Mehr Infos:
www.bertelsmann-stiftung.de

DGB-Reformkommission legt Bürgerversicherungskonzept vor

Die vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) eingesetzte Reformkommission hat Mitte Dezember 2010 ihren Abschlussbericht zu seinem Konzept der Bürgerversicherung mit dem Titel „Bürgerversicherung statt Kopfpauschale. Gemeinsame Erklärung für ein solidarisches Gesundheitssystem der Zukunft“ vorgelegt.

Die aus Vertretern von Gewerkschaften, Verbänden und Wissenschaftlern bestehende Kommission fordert darin den Ausbau der solidarischen Finanzierung zu einer sozialen Bürgerversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Die Kommission wendet sich gegen die Pläne der Bundesregierung, die zukünftigen Kostensteigerungen der GKV ausschließlich über Kopfpauschalen zu finanzieren. Sie schlägt stattdessen eine Bürgerversicherung für alle in einem einheitlichen

Krankenversicherungssystem, mit erhöhter Beitragsbemessungsgrenze, vollständiger paritätischer Finanzierung und Einbeziehung anderer Einkommensarten, wie z. B. Kapitaleinkünfte, vor. Die Beitragsfinanzierung soll künftig wieder paritätisch erfolgen. Die Kommission erwartet bei Umsetzung ihrer Vorschläge, dass der Beitragssatz zur GKV um 2,2 Prozentpunkte gesenkt werden könnte und die zum 01. Januar 2011 erfolgte Beitragssatzanhebung nicht notwendig wäre. Diese Grundsätze sollen auch den Rahmen für die geplante Pflegereform bilden.

Mehr Infos:
www.dgb.de

Europäer immer übergewichtiger

Mehr als die Hälfte der erwachsenen EU-Bevölkerung ist übergewichtig oder fettleibig. In Deutschland leiden 13,6 Prozent der Erwachsenen an Fettsucht, im EU-Durchschnitt 15,5 Prozent. Laut dem Ende 2011 von der EU-Kommission veröffentlichten Bericht zur Gesundheit in Europa 2010 hat sich die Rate der fettleibigen Menschen in den meisten Mitgliedstaaten in den letzten 20 Jahren mehr als verdoppelt. Auch die Zahl der übergewichtigen Kinder steigt weiter an. Derzeit ist jedes siebte Kind in der EU übergewichtig oder fettleibig, in Deutschland sind rund 12 Prozent der Kinder betroffen.

Um hier gegenzusteuern, fand Anfang Dezember 2010 in Brüssel eine hochrangige EU-Konferenz über Ernährung, Übergewicht und Adipositas statt. Die Konferenz sollte Wege der Zusammenarbeit auf europäischer Ebene aufzeigen, um den besorgniserregenden Trend zu Übergewicht und Fettsucht umzukehren.

Der Gesundheitsbericht beschreibt noch weitere Trends und untersucht die Gesundheitssysteme und Gesundheitsausgaben in der EU. Die Gesundheitsausgaben stiegen demnach in allen Mitgliedstaaten auf 8,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, in Deutschland sogar auf 10,5 Prozent. Häufigste Todesursache sind weiter-

hin Herzerkrankungen, die 2008 für 40 Prozent aller Todesfälle in Europa verantwortlich waren.

Mehr Infos:
http://ec.europa.eu/health/reports/european/index_de.htm

Ärzte verkaufen mehr Privateleistungen an gesetzlich Versicherte

Niedergelassene Ärzte verkaufen immer mehr medizinische Leistungen – auch als Individuelle Gesundheitsleistungen (IGeL) bezeichnet – auf Privatrechnung an gesetzlich Krankenversicherte. Die ist ein Ergebnis des jüngsten WidO-Monitors des Wissenschaftlichen Instituts der AOK – einer repräsentativen bundesweiten Befragung von 2.500 GKV-Versicherten – die das Institut Anfang Dezember 2010 vorstellt. Laut WidO-Monitor wird mehr als jedem vierten Versicherten (28,3%) innerhalb eines Jahres eine medizinische Leistung auf Privatrechnung verkauft. Die so zustande gekommenen Zusatzeinnahmen der Ärzte bei der Behandlung von gesetzlich Krankenversicherten sind auf rd. 1,5 Mrd. Euro im Jahr angestiegen. Ein weiteres Ergebnis der WidO-Studie: In 54,5 Prozent der Fälle ist die geforderte schriftliche Vereinbarung von Privateleistungen an gesetzlich Krankenversicherte in 54,4 Prozent der Fälle unterblieben. Die Einnahmen für jede siebte Privateleistung entstanden ohne Rechnung.

Besonders besser verdienenden gesetzlich Versicherten werden häufig sog. IGeL-Leistungen angeboten. Während in den unteren Einkommensgruppen (unter 1.000 Euro) nur 16,9% Privateleistungen angeboten bekam, berichten bei Einkommen über 4.000 Euro mehr als ein Drittel (38,8%) der befragten Versicherten über entsprechende Erfahrungen in der Arztpraxis. Die meisten IGeL-Angebote entfallen auf Ultraschalluntersuchungen (20%), gefolgt von Glaukomuntersuchungen (16,2%) und Verordnungen von Medikamenten oder Heil- und Hilfsmitteln (11,5%). Die repräsentative Befra-

gung der gesetzlich Versicherten hat darüber hinaus gezeigt, dass mehr als 75 % befürchten, dass das Verhältnis zwischen Arzt und Patient durch das zusätzliche Angebot privater Leistungen sich verschlechtern wird.

Aus Sicht der GKV ist diese Entwicklung insbesondere deshalb kritisch zu bewerten, weil die gesetzlichen Krankenkassen alles bezahlen, was einen nachgewiesenen Nutzen hat und medizinisch notwendig ist. Außerdem würden niedergelassene Ärzte häufig auch Leistungen als sog. IGeL-Leistungen in Rechnung stellen, die eigentlich Standardleistungen der gesetzlichen Krankenkassen sind und deshalb nicht zusätzlich bezahlt werden müssen.

Mehr Infos:
http://www.wido.de/wido_monitor_2_2010.html

Zukünftiger Mangel an Pflegekräften

Das Statistische Bundesamt (Destatis) und des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) kommen in ihren jüngsten Modellrechnungen zu dem Ergebnis, dass die demografische Entwicklung zu einem Personalmangel bei Pflegekräften führen wird. Zentrales Ergebnis: Im Jahr 2025 werden rund 152 000 Beschäftigte in Pflegeberufen fehlen, um die dann zu erwartende Zahl an Krankenhauspatientinnen und -patienten und Pflegebedürftigen versorgen zu können. Gemäß den Modellrechnungen stehen im Jahr 2025 einem Bedarf an 940 000 Pflegevollfachkräften nur rund 828 000 Pflegevollfachkräfte auf der Angebotsseite gegenüber.

Dem steigenden Pflegepersonalbedarf könnte dadurch begegnet werden, wenn in Westdeutschland dieselbe Beschäftigtenstruktur wie in Ostdeutschland erreicht würde – mit mehr Voll- statt Teilzeitbeschäftigte, so die Destatis-Studien. Hierdurch würde die Zahl von Pflegevollkräften um 9,5 % ansteigen, wodurch sich der Engpass im Jahr 2025 auf 34 000 Vollkräfte verringern würde.

Mehr Infos:
www.destatis.de

Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Gesundheitswesen

Anfang Dezember 2010 tagte auf Einladung des Bundesministeriums für Gesundheit zum zweiten Mal der Runde Tisch „Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Gesundheitswesen“. Ziel dieser mit Expertenrunde mit Vertretern von Krankenhäusern, der Ärzteschaft, von Pflegeeinrichtungen und des GKV-Spitzenverbandes ist es, konkrete Maßnahmen und Ideen zu erarbeiten, um bessere Angebote für die im Gesundheitswesen tätigen Menschen zu ermöglichen. Die Teilnehmer der zweiten Sitzung des Runden Tisches empfahlen als erstes Ergebnis der Beratungen verschiedene Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Gesundheitswesen. Dazu gehören: (1) Beseitigung von Hemmnissen in der Aus- und Weiterbildung von Berufen, (2) Bereitstellung gezielter Information über gute Initiativen im Krankenhaus und der Arztpraxis und (2) Maßnahmen zur Personalgewinnung in Alten- und Pflegeeinrichtungen.

Die Teilnehmenden des Runden Tisches beabsichtigen, ihre Arbeit fortzusetzen und spätestens nach Ablauf eines Jahres über den Stand der Umsetzung der Empfehlungen zu berichten.

Mehr Infos:
www.bundesgesundheitsministerium.de

Ältere Patienten erhalten häufig ungeeignete Arzneimittel

Laut einer Analyse des Wissenschaftlichen Instituts der AOK (WidO) hat nahezu jeder dritte Versicherte der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) ab 65 Jahre im Jahre 2009 mindestens ein Arzneimittel erhalten, das für ältere Patienten als ungeeignet gilt. Hiervon betroffen sind knapp 6 Prozent der ausgestellten Verordnungen. Grundlage dieser Analysen ist die für Deutschland angepasste sog. PRISCUS-Liste, die 83 Arzneistoffe umfasst, die ab einem

Alter von 65 Jahren als potenziell ungeeignet gelten. Diese Liste geht zurück auf einen Aktionsplan zur Verbesserung der Arzneimittelsicherheit des Bundesministeriums für Gesundheit aus dem Jahre 2008/2009.

Das WIdO hat nun erstmals analysiert, in welchem Umfang ältere Patienten mit diesen Arzneimitteln im Jahr 2009 therapiert wurden. Danach hat – basierend auf der Analyse von mehr als 6 Millionen anonymisierten Patientendaten – nahezu jeder Dritte (29%) der GKV-Versicherten ab 65 Jahre im Jahr 2009 von seinem Arzt mindestens ein Arzneimittel verordnet bekommen, das nach der PRISCUS-Liste für ältere Patienten als potenziell ungeeignet gilt. Die detaillierten WIdO-Analysen der Verordnungen der mehr als 70 Millionen Versicherten der GKV kommen zu folgenden wesentlichen Ergebnissen: (1) Je älter Patienten werden, desto höher die Wahrscheinlichkeit mit einem Arzneimittel behandelt zu werden, das mit besonderen Risiken verbunden ist, (2) Ältere Frauen haben gegenüber älteren Männern ein deutlich höheres Risiko, ein potenziell ungeeignetes Arzneimittel zu erhalten und (3) Ältere Frauen werden mit potenziell ungeeigneten Arzneimitteln insbesondere aus dem Bereich Psychopharmaka, wie Schlaf- und Beruhigungsmittel und Mittel gegen Depressionen, behandelt, Männer eher mit Arzneimitteln zur Behandlung von Herz-Kreislauferkrankungen.

Sollte auf den Einsatz von Arzneimittel der PRISCUS-Liste nicht verzichtet werden können, so empfiehlt das WIdO Maßnahmen wie regelmäßige Kontrolluntersuchungen. Verwiesen wird auch auf den AOK-Gesundheitsnavigator, der für AOK-Versicherte kostenfrei Arzneimittelbewertungen der Stiftung Warentest zur Verfügung stellt.

Mehr Infos:
www.wido.de

Herausforderung Demenz

Der Ende November 2010 vorgestellte BARMER GEK Pflegereport verdeutlicht die steigende Bedeutung der Demenz für die Pflegeversicherung. Die Autoren des Pflegereports gehen davon aus, dass es gegenwärtig in Deutschland 1,2 Millionen Demenzkranke gibt. Für das Jahr 2030 prognostizieren die Wissenschaftler des Zentrums für Sozialpolitik der Universität Bremen (ZeS) einen deutlichen Anstieg auf 1,8 Millionen Menschen und für 2060 auf 2,5 Millionen. Der Anteil der Demenzkranken an der Gesamtbevölkerung erhöht sich damit innerhalb von 50 Jahren um das Zweieinhalfache von heute 1,5 auf dann 3,8 Prozent. Derzeit gehe man bundesweit von rund 1,2 Millionen Betroffenen aus. Wissenschaftler prognostizieren für 2030 einen Anstieg auf 1,8 Millionen, 30 Jahre später sogar auf 2,5 Millionen Menschen.

29 Prozent der männlichen und 47 Prozent der weiblichen Versicherten, die 2009 im Alter von über 60 Jahren verstarben, hatten eine Demenzdiagnose. Die Studie zeigt auch, dass Demenz zwangsläufig, wenn auch nicht unmittelbar, zur Pflegebedürftigkeit führt. Nur 10 Prozent der im Jahr 2009 verstorbenen Dementen waren nicht pflegebedürftig. Deutlich wird durch die Studie, dass mit Demenz intensivere Pflegeverläufe verbunden sind und professionell erbrachte Pflegeleistungen stärker in Anspruch genommen werden. So haben demenziell Erkrankte ab 60 Jahre zu rund 20 Prozent die Pflegestufe 3; unter allen Pflegebedürftigen ab 60 Jahre liegt dieser Anteil nur bei 12 Prozent. Der höhere medizinische und pflegerische Betreuungsaufwand verursacht erheblich höhere Kosten. Die monatlichen Aufwendungen der Sozialversicherungen für einen Demenzkranke liegen durchschnittlich um rund 800 Euro höher als bei einer gleichaltrigen nicht dementen Person.

Mehr Infos:
www.bärmer-gek.de

Soziale Sicherheit wirkt stabilisierend in der Krise

Zum Weltforum für soziale Sicherheit, das Ende November 2010 in Kapstadt stattfand, hat die Internationale Vereinigung für Soziale Sicherheit (IVSS) einen Bericht vorgelegt, der zeigt, dass die Systeme der sozialen Sicherheit als soziale und wirtschaftliche Stabilisatoren eine unverzichtbare Rolle spielen. Der Bericht kommt darüber hinaus zum Ergebnis, dass zur Sicherung der langfristigen Tragfähigkeit der sozialen Sicherheit und ihrer Ausweitung auf ungedeckte Bevölkerungsanteile mehr Innovation und Integration notwendig sind.

Einige der wichtigsten Ergebnisse des Berichts lauten: (1) Die Reaktion der Organisationen der sozialen Sicherheit auf die Finanz- und Wirtschaftskrise war effektiv, (2) Länder mit umfassenden Systemen der sozialen Sicherheit haben die Krise am besten gemeistert, (3) wachsende Unsicherheit und Instabilität verlangen nach neuen und innovativen Ansätzen, (4) zur Sicherung der finanziellen Stabilität der sozialen Sicherungssysteme sind eine integrierte Struktur und die Reform der Programme der sozialen Sicherheit und der Steuersystem von zentraler Bedeutung, (5) die Verwaltungen der sozialen Sicherheit müssen sich vermehrt in die politischen Prozesse einbringen und stärker einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen.

Das Weltforum ist die weltweit größte Zusammenkunft von Verwaltungsfachleuten und Entscheidungsträgern der sozialen Sicherheit, die gemeinsam erörtern werden, wie die Systeme der sozialen Sicherheit auf die wirtschaftlichen Umwälzungen und den gesellschaftlichen Wandel reagieren können.

Mehr Infos:
www.issa.int

Enquete-Kommission zum Wachstumsbegriff wird eingerichtet

Die Fraktionen von SPD, Union, FDP und Grünen im Bundestag haben sich auf die Einsetzung einer Bundestags Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität - Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ verständigt.

Im Auftrag des Deutschen Bundestags soll die Enquete-Kommission insbesondere folgende Schwerpunkte untersuchen:

- Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft
- Entwicklung eines ganzheitlichen Wohlstands- und Fortschrittsindikators
- Wachstum, Ressourcenverbrauch und technischer Fortschritt - Möglichkeiten und Grenzen der Entkopplung
- Nachhaltig gestaltende Ordnungspolitik
- Arbeitswelt, Konsumverhalten und Lebensstile
- Entwicklung konkreter politischer Handlungsempfehlungen für ein ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltiges Wirtschaften

Die Kommission soll aus den gewonnenen Erkenntnissen konkrete Handlungsempfehlungen entwickeln und Wege aufzeigen, wie die Ansätze zu nachhaltigen Wirtschaften in der Sozialen Marktwirtschaft umfassend und konsequent gestärkt werden können. Die Kommission soll vor Ablauf der Legislaturperiode ihren Bericht vorlegen.

Mehr Infos:
www.bundestag.de

Altersbilder in der Gesellschaft

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

(BMFSFJ) hat den Sechsten Altenbericht „zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland - Altersbilder in der Gesellschaft“ vorgelegt. Die Altenberichtskommission hatte den Auftrag, die in zentralen gesellschaftlichen Bereichen dominierenden Altersbilder zu untersuchen und aufzuzeigen, in welcher Hinsicht diese Altersbilder einen differenzierteren Umgang mit Fragen des Alters fördern oder aber erschweren.

Die Kommission kommt zu dem Ergebnis, dass einseitig ausgerichtete Altersbilder dazu führt, dass die Nutzung von Potenzialen im Alter und eine selbst- und mitverantwortliche Lebensführung älterer Menschen erschwert werden. Darüber hinaus stehen undifferenzierte und einseitige Altersbilder einem ethischen und fachlich angemessenen Umgang mit der Verletzlichkeit des Alters. Auf Basis dieses Grundverständnisses gibt die Kommission Empfehlungen, die „für bestimmte Aspekte des Alterns und des Alters in verschiedenen Kontexten sensibilisieren“ sollen. Zu den Kommissions-Empfehlungen zählen u.a.:

- Den demografischen Wandel als Gestaltungsaufgabe verstehen
- Eine neue Kultur des Alters entwickeln
- Bildung als Recht und als Pflicht für alle Lebensalter anerkennen
- Negative und positive Diskriminierung aufgrund des Alters vermeiden
- Zu einer neuen Sicht des Alters in der Arbeitswelt gelangen
- Gesundheitspolitik an eine Gesellschaft des langen Lebens anpassen

Mehr Infos:
www.bmfsfj.de

Abschied vom Einwanderungsland Deutschland?

Unter diesem Titel veröffentlichte das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung eine Untersuchung

zur Migration Hochqualifizierter im europäischen und internationalen Vergleich. Zentrales Ergebnis: Deutschland verliert im Wettbewerb um die besten Köpfe in Europa! Zwischen 2005 und 2009 wanderten jährlich durchschnittlich etwa 40.000 Führungskräfte und Wissenschaftler aus, während nur 38.500 Personen mit diesen Qualifikationen einwanderten. Mit einem leicht negativen Saldo von rd. 1.500 Personen steht Deutschland im Mittelfeld beim Wettbewerb um Hochqualifizierte. Langfristig könnte dies zum volkswirtschaftlichen Problem werden, so die Autoren der Studie. Andere Länder, wie zum Beispiel Großbritannien, sind attraktiver für hoch qualifizierte Migrantinnen und Migranten. Deutschland kann seinen Saldo allenfalls ausgeglichen halten. Die Autoren raten: a) zu weiteren Untersuchungen, die sich intensiver mit den Entstehungszusammenhängen und Konsequenzen der Auswanderung Deutscher und der internationalen Migration befassen, b) zu einer weiteren Förderung von Rückkehrprogrammen für deutsche Wissenschaftler und c) zur Gestaltung des Einwanderungslandes Deutschland durch Weiterentwicklung von Rahmenbedingungen, die einerseits Migrantinnen und Migranten eine ihren Fähigkeiten adäquate Beschäftigung ermöglicht, durch die (Weiter-)Qualifikation von bereits in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten sowie durch den Ausbau einer selektiven Migrationspolitik.

Mehr Infos:
<http://www.bertelsmann-stiftung.de>

Arbeitsbedingungen in Europa

Obwohl sie in den letzten fünf Jahren nicht zugenommen hat, ist die Arbeitsintensität der Arbeitnehmer in Europa noch immer hoch; auch das Arbeitstempo bleibt erhöht und der Arbeitsrhythmus sowie die Arbeitsorganisation sind weiterhin fremdbestimmt. Zu diesem Ergebnis kommt der fünfte Bericht der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound)

zu den Arbeitsbedingungen in Europa. Konsequenz der Belastungen: Eine große Zahl von ArbeitnehmerInnen ist schlecht auf die Anforderungen ihres Arbeitsplatzes vorbereitet. Der umfragegestützte Bericht, der alle fünf Jahre veröffentlicht wird, betont auch, dass die europäischen Arbeitnehmer physischen Gefahren genauso ausgeliefert bleiben wie vor 20 Jahren.

Positiv dagegen ist der Trend bei den Weiterbildungsanstrengungen: 34 Prozent der Arbeitnehmer hat in den letzten 12 Monaten eine Weiterbildung erhalten, die Ausgaben der Arbeitgeber für die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter stiegen spürbar und waren 2010 (für die EU-15) auf ihrem höchsten Stand seit 1995. Dies ist eine deutliche Trendveränderung gegenüber den vergangenen 15 Jahren, in denen die Weiterbildungsbemühungen der Arbeitgeber nicht stiegen. Auch bezüglich der Arbeitszeiten, stellt der Bericht einen langfristig positiven Trend zu sinkenden Arbeitszeiten fest: Betrug 1991 die durchschnittliche Wochenarbeitszeit noch 40,5 Stunden (EU-12), ist sie bis 2010 auf 37,5 (EU 27) gesunken (36,4 für die EU-12 Staaten). Bei der Einschätzung der möglichen Lebensarbeitszeit fallen vor allem Unterschiede zwischen den Qualifikationen und Berufen der Arbeitnehmer auf. Insgesamt meinten rund 60 Prozent der Arbeitnehmer, dass sie ihren Job bis zum Alter von 60 Jahren machen könnten.

Das Ausmaß, welche Jobs als „nachhaltig“ zu bezeichnen sind, so der Bericht, hängt davon ab, ob die Arbeitszeit so gestaltet ist, dass die Arbeitnehmer auch anderen Verantwortungen gerecht werden können, ob die Qualifikationen den Anforderungen angepasst würden, wie viel Autonomie ein Arbeitnehmer besäße und welchen Gesundheitsschutz die Arbeitnehmer genießen würden. Stimmen diese Bedingungen, seien die Arbeitnehmer auch in der Lage, in einem höheren Alter in den Ruhestand zu gehen.

Mehr Infos:
<http://www.eurofound.europa.eu/ewco/surveys/ewcs2010/index.htm>

DGB-Index „Gute Arbeit“

Mit den Arbeitsbedingungen setzt sich auch der Index „Gute Arbeit“ des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) auseinander. Der umfragegestützte Index systematisiert die Qualität der Arbeit in Deutschland auf einer Skala von 0 bis 100, wobei ein Wert zwischen 0 und 50 als schlechte Arbeit, ein Wert von 51 bis 80 als mittelmäßige Arbeit und einer zwischen 81 und 100 als gute Arbeit gewertet wird. Der Index misst in 15 Dimensionen unter anderem Qualifizierung und Entwicklungsmöglichkeiten, Sinngehalt der Arbeit, Arbeitsintensität, berufliche Zukunftsaussichten, Arbeitsplatzsicherheit, Gestaltung der Arbeit und Einkommen.

Ergebnis der Untersuchung 2010: Mit einem Wert von 59 liegt die Qualität der Arbeit nach Einschätzung der Arbeitnehmer im unteren Mittelfeld. Nicht überraschend ist der Befund, dass schlechte und gute Arbeit in den verschiedenen Dimensionen kumulieren. Arbeitnehmer in prekären Arbeitsverhältnissen (Vollzeit, maximal 2.000 Euro mtl. Bruttoeink., befristetes Arbeitsverhältnis/Leiharbeit) schätzen ihre Arbeitsbedingungen am schlechtesten ein, während unbefristet beschäftigte Arbeitnehmer mit höheren Einkommen ihre Arbeitsbedingungen am besten einschätzen. Einen starken Einfluss auf die Arbeitsbedingungen spüren die Arbeitnehmer auch durch die wirtschaftliche Lage des Unternehmens. Neben Lohneinbußen mussten die Arbeitnehmer oftmals auch eine Erhöhung der Arbeitsintensität hinnehmen. Vor allem in der Metallindustrie bekamen die Arbeitnehmer, die Folgen der Krise zu spüren: 59 Prozent der Beschäftigten in der Metallindustrie gaben an, sich in Folge der Krise bei der Arbeit unter Druck gesetzt zu fühlen, 53 Prozent gaben an, dass es Entlassungen in ihrem Betrieb gegeben habe, 52 Prozent, dass Leiharbeit abgebaut wurde und 55 Prozent wurden von einer oder mehreren Formen der Arbeitszeitverkürzung erfasst.

Mehr Infos:
www.dgb-index-gute-arbeit.de

Arbeitsmarktintegration behinderter Menschen

Die Chancen von Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen eine Beschäftigung zu finden, sind deutlich schlechter als die von Menschen ohne Beeinträchtigungen: Ihre Beschäftigungsquote liegt in Europa um rd. 20 Prozent niedriger. Sie sind zudem hochgradig von Transferleistungen abhängig und haben ein deutlich erhöhtes Armutsrisko. Vor dem Hintergrund der EU-Aktivitäten zur sozialen und arbeitsmarktlichen Teilhabe hat sich das Institut Zukunft der Arbeit (IZA) ausführlich mit diesem Problem auseinandergesetzt. In der Studie analysiert das IZA Daten und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen für Menschen mit Behinderungen in Europa. Das Institut identifiziert diverse Faktoren, die eine bessere Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Behinderung erschweren und die Wirksamkeit von Maßnahmen senken, angefangen bei begrenzten Ressourcen, über Informationsdefizite bis hin zu Vorurteilen seitens der Arbeitgeber.

Vor dem Hintergrund ihrer Analyse spricht das IZA sieben Empfehlungen aus: (1) Die konsequente Implementierung von Anti-Diskriminierungsgesetzen sowie begleitende Kampagnen gegen Diskriminierung, (2) eine Fokussierung auf die Arbeitsfähigkeiten der Betroffenen, unterstützt durch aktivierende arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, (3) konzertierte Maßnahmen zum medizinischen Arbeitsschutz sowie Gesundheitsförderung und Barrierefreiheit am Arbeitsplatz, (4) Implementierung des „Flexicurity-Ansatzes“, (5) eine verstärkte Forschung und wissenschaftliche Aufbereitung des Themas, um die Informationsdefizite in diesem Bereich abzubauen, (6) Herstellung einer höheren Kohärenz der einzelnen Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik und Maßnahmen zur sozialen Teilhabe, sowie (7) Weiterentwicklung des Europäischen Aktionsplans mit einer Betonung des Ziels, Menschen mit Behinderung ein unabhängiges Leben zu ermöglichen.

Mehr Infos:
www.iza.org